

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 Mt.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Girisch-Dumler)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 13.

Berlin, Sonnabend, 13. Februar 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Eine Aufgabe der Ortsverbände. — Mängel der Volksschule. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908. — Verbands-Zeit. — Literatur. — Anzeigen-Zeit.

### Eine Aufgabe der Ortsverbände.

Vieles ist in den letzten Monaten geschrieben und geredet worden über die Aufgaben der Ortsverbände. Hier und da ist man ordentlich ängstlich geworden wegen ihrer Menge. Trotzdem möchten wir heute noch auf eine Aufgabe hinweisen, deren Lösung ebenso leicht wie wichtig ist. Es ist dies die Agitation für die Presse und besonders für das Verbandsorgan, die an vielen, ja man kann wohl sagen, an den meisten Orten sehr viel zu wünschen übrig läßt. Viele Unterlassungsfünden werden gerade in dieser Hinsicht begangen. Mit der erforderlichen Energie wird nur an wenigen Orten gearbeitet. Sonst müßte die Auflage des „Gewerksverein“ eine viel größere sein, als sie es jetzt ist.

Es ist nur natürlich, daß die fachlichen Interessen, wie sie in den Organen der einzelnen Gewerksvereine vertreten werden, die Mitglieder in besonders starkem Maße fesseln. Zweifellos aber ist doch auch unter den Kollegen der Wunsch vorhanden, über die Vorgänge in der Gesamtorganisation unterrichtet zu sein. Das kann in gründlicher Weise aber nur durch das Verbandsorgan, den „Gewerksverein“ geschehen. Er hat die Aufgabe, die Angriffe, die gegen die Gesamtorganisation von rechts und links gerichtet werden, energisch zurückzuweisen. Er liefert aber auch das Angriffsmaterial im Kampfe mit den Gegnern, und dieses Material kann umso wirksamer verwandt werden, als der „Gewerksverein“ im Gegensatz zu den übrigen Blättern zweimal in der Woche erscheint. Von Wichtigkeit ist es auch, daß das Verbandsorgan, da es die Behandlung fachlicher Dinge ausschließt, Fragen von allgemeiner Bedeutung eingehender besprechen kann. Die Vorgänge in den Parlamenten, soweit sie die Interessen der Arbeiterklasse direkt berühren, werden vom Standpunkte der Deutschen Gewerksvereine erörtert; die Gesetze, die gerade zur Beratung stehen, werden in ihren Einzelheiten besprochen; die im Gewerksvereinsprogramm aufgestellten Forderungen werden von den verschiedensten Seiten beleuchtet. So kommt es, daß eigentlich niemand, der in der Öffentlichkeit mit Erfolg für unsere Sache wirken will, den „Gewerksverein“ entbehren kann. Denn nur derjenige kann für eine Sache wirksam streiten, der durchdrungen ist von dem Werte ihrer Ideen und gleichzeitig die Schwächen kennt, wo man ihre Gegner am leichtesten treffen kann. Wer darum Vorkämpfer für die Ideale der Deutschen Gewerksvereine ergreifen will, der muß auch dafür sorgen, daß diese Kollegen durch das Verbandsorgan mit dem innersten Wesen unserer Organisation vertraut gemacht werden.

Aber auch wer die Mitglieder zu echten Gewerksvereinern erziehen will, muß sie auf das Lesen des Verbandsorgans hinweisen. Wer sich unserer Organisation anschließt, übernimmt damit einen schwereren Kampf als der Angehörige einer anderen Organisationsrichtung. Religiös wie politisch unabhängig, haben die Gewerksvereine nicht die starken Machtmittel zur Seite wie die christlichen

und die „freien“ Gewerkschaften. Auf die eigene Kraft sind wir angewiesen. Dazu kommt, daß wir uns in der Minderheit befinden. Wollen wir unter solchen Umständen den Kampf erfolgreich durchführen, so ist dies nur möglich, wenn unserer Fahne Scharen überzeugungstreuer Anhänger folgen, die durchdrungen sind von dem Werte und begeistert von den Idealen der Deutschen Gewerksvereine.

Solcher Kollegen gibt es an allen Orten. Überall aber auch finden wir Mitglieder, deren Aufklärung und Belehrung bitter not tut. Sie sind es, die unseren Organisationsbestrebungen zu wenig Interesse entgegenbringen, die an den Veranstaltungen der Organisation nicht teilnehmen, die sich, wie man aus zahlreichen Tätigkeitsberichten der Ortsverbände entnehmen kann, von den Versammlungen fernhalten. Daß darin Wandel geschaffen wird, dafür muß nicht allein im Interesse der Gesamtorganisation, sondern vor allem auch im Interesse der einzelnen Ortsverbände gesorgt werden.

Deshalb wenden wir uns heute mit dieser Zeilen an die Vorstände der Ortsverbände und richten an sie die eindringliche Mahnung, endlich herauszutreten aus ihrer Reserve und mehr als bisher ihr Augenmerk darauf zu richten, daß das Verbandsorgan weitere Verbreitung in den Mitgliederkreisen erbält. Die Ortsverbände sind in erster Linie berufen, Propaganda zu machen für den „Gewerksverein“. Sie können es auch am wirksamsten tun, wenn sämtliche Ausdruhmmitglieder auf dem Posten sind und den festen Willen zeigen, Wandel zu schaffen. In den Ortsverbandsversammlungen muß immer und immer wieder es als eine Hauptpflicht der Kollegen hingestellt werden, daß sie den „Gewerksverein“ regelmäßig lesen. Es darf dies nicht mit einigen leeren, nichtsagenden Worten geschehen, nur damit der Vorjtzende einer lästigen Pflicht genügt hat, nein, mit eindringlichen Worten muß den Kollegen vor Augen geführt werden, wie wichtig für sie die Lektüre des „Gewerksverein“ ist. Auch dafür muß der Ortsverbandsvorjtzende sorgen, daß die im Ortsverbände tätigen Vertreter der einzelnen Ortsvereine nicht veräumen, in jeder einzelnen Sitzung ihres Vereins auf die Bedeutung des Verbandsorgans für die Gesamtorganisation hinzuweisen.

Es ist in dieser Hinsicht bisher nicht alles geschehen, was geschehen mußte. Wenn der von uns hier gegebenen Anregung gemäß aber von jetzt ab gearbeitet wird, so haben wir die feste Zuversicht, daß die Ausschüsse der Ortsverbände sehr bald den Segen ihrer Agitation für den „Gewerksverein“ erkennen werden. Gelingt es ihnen, möglichst viele Mitglieder als Abonnenten des Verbandsorgans zu gewinnen — und bei dem billigen Preise muß dies eine Kleinigkeit sein —, so werden sie bald merken, daß das Interesse für unsere Bestrebungen bei ihnen reger und der Eifer, für unsere Sache zu wirken, stärker wird.

Das Opfer, das damit von den Mitgliedern gefordert wird, ist wahrlich kein allzu großes. Man komme uns nicht damit, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse zurzeit zu ungünstig sind. Das muß ohne weiteres zugegeben werden. Niemand wird auch von einem Kollegen, der keine Arbeit hat, verlangen, daß er in dieser bösen Zeit auf den „Gewerksverein“ abonniert. Gibt es nicht aber

Tausende von Gewerksvereinern, an denen erfreulicherweise die wirtschaftliche Krise spurlos vorübergegangen ist, die aber trotzdem den „Gewerksverein“ nicht lesen? Also der Einwand, daß die schlechten Zeiten der Ausbreitung des Verbandsorgans hinderlich im Wege stehen, ist hinfällig. Deshalb wiederholen wir zum Schluß unsern Appell an die Ausschußmitglieder, in jeder Sitzung zum Abonnement auf den „Gewerksverein“ aufzufordern. Es wird sich doch wohl an jedem Orte ein tätiger und eifriger Kollege finden, der gewillt ist, die Namen der Abonnenten zu sammeln und sie selbst bei der Post aufzugeben. Denn wenn jemand nur verspricht, den „Gewerksverein“ zu bestellen, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß er es auch tut, und deshalb, wie gesagt, halten wir es für zweckmäßig, wenn sich überall Kollegen finden, die mit Interesse die Angelegenheit in die Hand nehmen und dafür sorgen, daß überall ein tüchtiger Abonnentenkreis vorhanden ist. Je größer die Zahl der Abonnenten, umso größer die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, tüchtige Mitarbeiter heranzuziehen. Auch von diesem Gesichtspunkte aus bitten wir, die Agitation für das Verbandsorgan mit allem Eifer aufzunehmen. Sechs Wochen trennen uns noch von dem Beginn des neuen Quartals. Wer aber die Sache ernst nimmt, der muß schon heute mit seiner Arbeit beginnen. Auf zur Tat! so rufen wir Euch zu. Wer für die Verbreitung unserer Schriften sorgt, der wirkt auch für die Verbreitung unserer Ideen, der fördert am wirksamsten die Sache der Deutschen Gewerksvereine.

### Mängel der Volksschule.

Auf der Deutschen Lehrerversammlung in Dortmund, Pfingsten 1908, hielt der bekannte Schulmann und Förderer der Volksbildung Johannes Lews einen Vortrag, der jetzt, herausgegeben vom Geschäftsführenden Ausschuss des Deutschen Lehrervereins, unter dem Titel „Der Lehrermangel nach seinen Ursachen und Wirkungen“, nach dem Manuskript teilweise ergänzt, in Broschürenform erschienen ist. Lews gibt zu, daß es Unrecht wäre, wollte man den Unterrichtsverwaltungen in der Mehrzahl der deutschen Staaten den Vorwurf machen, daß sie in unserer fortschreitenden Zeit den absoluten Stillstand proklamiert hätten. Die anscheinende Anerkennung vor der deutschen Lehrerversammlung erhielt aber einen bitteren Beigeschmack durch den Zusatz, der Fortschritt in der deutschen Volksschule sei „etwa so, als wenn jemand einen Fuß vorwärts irabenden Weiter im langsamsten Fußgängertritt aber im Schneidentempo einholen will“. Und zum Schluß seines ein reiches Material enthaltenden Vortrages rief der Warner und Mahner Lews den zuständigen Stellen zu: „Ihr wollt zu wenig, Euer Maßstab ist zu klein... Befinnt Euch auf Eure Zeit. Ihr seid rückständig, ohne daß Ihr es wißt.“

Was versteht man unter Lehrermangel? Lews beantwortet diese Frage nach zwei Richtungen hin: Er begründet einen Lehrermangel im engeren und einen solchen im weiteren Sinne. Die Differenz zwischen ordnungsmäßig eingerichteten Lehrstellen und wirklich vorhandenen Lehrern, das ist der Lehrermangel im engeren Sinne. Den sich in der Zahl der unbesetzten Stellen darstellenden Lehrermangel in sämtlichen deutschen Staaten schätzt Lews auf 4500 bis 5000. In Preußen waren 1906 8077 Lehrstellen nicht besetzt. Preußen bewegt sich hierbei in aufsteigender Linie: 1898 fehlten 472 Lehrer, 1901 aber schon 1882; 1906 stieg die Zahl auf 3077, und

1907 waren nach amtlicher Angabe nicht weniger als 3238 Lehrstellen unbesetzt. Der Mangel an Lehrkräften tritt am stärksten auf dem Lande hervor. In Preußen fehlten 1906 in den Städten 701 Lehrer und 217 Lehrerinnen, auf dem Lande 2053 Lehrer und 106 Lehrerinnen. Der Unterschied zwischen Stadt und Land würde noch viel schroffer hervor- treten, wenn nicht fast alle von den Seminaren ab- gehenden jungen Lehrer auf das Land geschickt würden.

Der Lehrermangel im weiteren Sinne ist aber viel ärger, worüber die Statistik des Deutschen Reiches Auskunft gibt. Lews macht hierbei auf die nicht uninteressante Tatsache aufmerksam, daß wir zwar sogleich nach der Gründung des Reiches auch ein statistisches Amt bekamen, das über alle „wichtigen“ Angelegenheiten Aufnahmen veranlaßte, daß man aber den Volksschulunterricht dagegen erst ein volles Menschenalter später, im Jahre 1901, die erste umfassende Erhebung veranfaßte hat. Nach der zweiten, im Jahre 1906 aufgenommenen Statistik sind Bundesstaaten vorhanden, in denen erträgliche Zustände herrschen. So kommen in den Hansastädten Albed, Hamburg und Bremen 33, 35 bezw. 45 Schüler auf einen Lehrer. In Elsaß-Lothringen kamen bei der ersten Aufnahme 43 Kinder auf einen Lehrkraft. In Preußen kommt auf je 60 Kinder, in Bayern auf je 58, in Sachsen auf je 61, in Württemberg auf je 57, in Baden auf je 64, in Hessen auf je 57, in Meuß d. S. auf 70 Kinder ein Lehrer; in Schaumburg-Lippe waren es bei der vorletzten Aufnahme 99, jetzt 85, und in Lippe-Deimold 1901 noch 92, jetzt 75 Kinder.

Diese Durchschnittszahlen dürfen aber, wie Lews mit vollem Recht hervorhebt, nicht zu leicht genommen werden. In jedem Staate, insbesondere in denjenigen, die sich den Luxus der konfessionellen Trennung gestatten, sind Hunderte, ja, in Preußen Tausende von ganz kleinen Schulen vorhanden. Es gibt in Preußen konfessionelle Schulen mit 2, 3, 4 und 5 Schülern. Wir haben über 800 Schulen mit weniger als 20 Kindern und ferner über 2000 Schulen, in denen die Schülerzahl unter 30 bleibt. Diese Zahlen und die teilweise verhältnismäßig günstigen Zahlen der großen Städte bei der Berechnung ausgeschaltet, ergibt für Preußen eine ganz andere Durchschnittsziffer. Hierfür nur ein Beispiel: Im Regierungsbezirk Posen kamen in den katholischen Volksschulen auf einen Lehrer im Durchschnitt 105 Kinder. In diesem Regierungsbezirk, in dem beinahe 1000 Klassen ohne Lehrkräfte waren, kamen aber in einzelnen Kreisen sogar 125 Kinder im Durchschnitt auf jeden Lehrer. In derart überfüllten Klassen muß natürlich der Unterricht ein sehr mangelhafter sein. Lews fordert deshalb auf die Beseitigung der pädagogisch unfruchtbaren Volksschule, in der jede individuelle Regung und Betätigung als ein „Vergehen gegen die Ordnung“ angesehen wird. Eine solche Beseitigung ist eines auf sich selbst gestellten freien Gemeinwesens unwirksam; sie arbeitet nicht an der sittlichen Emporhebung des jungen Geschlechts. „Es heißt aus dem Unterricht, ist es aber nicht.“

Aus dem von Lews zum Vortrag gebrachten Belastungsmaterial, das von anderer Seite mitgeteilte trasse Fälle noch gar nicht enthält, ersehen wir, daß in einzelnen Orten ein Lehrer 180 Kinder unterrichten muß, ein anderer gar 200. In einem Orte ist ein Lehrer für 90 Kinder, die zweite Stelle ist als überflüssig eingepostet worden. Schulen mit 100 Kindern und einem Lehrer bilden keine Seltenheit. In einem Orte werden von einem Lehrer 145 Kinder unterrichtet, natürlich im Halbtagsunterricht. Wegen Mannmangels konnten 21 Vermanfänger nicht aufgenommen werden; außerdem sind 12 Kinder gastfreierweise in einer anderen Dorfschule aufgenommen worden. In der vierklassigen Schule eines Ortes unterrichtet zeitweise ein Lehrer allein alle vier Klassen. Derartige Fälle sind noch mehrfach konstatiert worden. Doch genug der Einzelbeispiele! Lews stellt fest, daß in Preußen über 3 Millionen Kinder vorhanden sind, die nicht nach den Grundsätzen des Schulunterrichts, sondern nach den Grundsätzen der Armenverwaltung versorgt waren. In einigen anderen deutschen Staaten sieht es besser, in vielen anderen gleich schlecht und in manchen noch schlechter. Insbesondere dürfte es Zeit sein, fährt Lews aus, daß man sich im Süden und in den Mittel- und Kleinstaaten nicht darauf beschränke, auf das rückständige Preußen zu scheitern und dabei die Rückständigkeit fleißig zu konzentrieren. Man kann ruhig sagen, daß man die preussische Kulturpolitik nicht bewundert, aber man sollte daneben auch etwas mehr tun als Preußen; dann würde der Großstaat schon langsam hintennachkommen.

Wie ungelauer der Mangel an Volksschule hinter den übrigen Lehrkräften ist, ist im großen Publikum wenig bekannt. Die preussischen höheren Lehranstalten hatten schon vor 50 Jahren auf einen Lehrer im Durchschnitt nur 19 Schüler. Im Jahre 1906 kam auf etwa 18 Schüler ein Lehrer. In den mittleren Schulen ist die Klassenbesetzung noch weniger geringer. In den öffentlichen Mittelschulen entfallen auf einen Lehrer ungefähr 34 Schüler, in

den höheren Mädchenschulen auf eine Lehrkraft etwa 23 Schülerinnen. Im Königreich Sachsen kamen 1899 auf jeden Lehrer einer höheren Anstalt 14 bis 20 Kinder, in der Volksschule aber im Durchschnitt 66 Kinder. Dem Einwand, die mittleren und höheren Schulen könnten mit der Volksschule nicht in Vergleich gestellt werden, weil in ersterer Schulgeld erhoben wird und ihr Unterricht weiterführen müsse als der in der Volksschule, begegn' Lews damit, daß er sagt, der erste Grund wäre stichhaltig, wenn Staat und Gemeinde für die höheren Schulen keine Zuschüsse leisteten. Tatsächlich sind aber diese Zuschüsse so bedeutend, daß ein Schüler einer höheren Lehranstalt immer ein Mehrfaches von dem kostet, was für einen Volksschüler aufgewandt wird, trotz der höchsten Schulgelder. In Preußen beträgt der staatliche und kommunale Zuschuß für jeden Schüler einer höheren Lehranstalt 180 Mk., während für den Volksschüler im Durchschnitt noch nicht der dritte Teil, 53 Mk., aufgewandt wird. Lews tritt dafür ein, daß das Zahlenverhältnis zwischen Lehrern und Schülern umgekehrt sein müßte. „Je rückständiger die Erziehungsverhältnisse des Hauses sind, je weniger die Kinder außerhalb der Schule einer pädagogischen Einwirkung ausgesetzt sind, um so intensiver müßte der Schulunterricht sein.“

Lews sagt zum Schluß seiner eindrucksvollen und beweiskräftigen Darlegungen: Was man oft Schule nennt, ist gar keine. Schulen sind Veranstellungen des Staates. Der Staat gewährt leidet den Gemeinden die nötigen Mittel zum Unterhalt der Schulen. Alle Preußen sind — und ähnlich lauten auch die Verfassungen anderer deutscher Staaten — vor dem Gesetze gleich. Vorrechte finden nicht statt. Nun wohl, wir treten heute vor die Leiter unseres Staatswesens hin und sagen: „Macht das wahr, was in diesem Satze steht! Macht es wahr an den Städten, wo die Jugend aufwächst.“ Und wir treten vor unser Volk mit der Aufforderung: Wahr und verlange Dein Recht! Ein Volk, das nach mehr Schulen verlangt, ist auf dem Wege zur Höhe, auf dem Wege zur Kraft, zu idealem Leben und Streben.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 12. Februar 1909.

Die Novelle zum Vergesetz, die der preussische Handelsminister Dr. Delbrück vor längerer Zeit angekündigt, ist dem preussischen Abgeordneten- hause nunmehr zugegangen. Ueber ihren Inhalt werden in der Presse folgende Mitteilungen gemacht:

Die Aufsichtsbeamten, die den Betrieb zu leiten haben, müssen die entsprechende Befähigung besitzen und erforderlichenfalls sich einer Prüfung durch die Berg- behörde unterwerfen. Sie sind für die Innehaltung der Betriebspläne, sowie für die Befolgung der gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen verantwortlich. Neben ihnen tragen diese Verantwortlichkeit die Bergwerksbesitzer oder ihre gesetzlichen Vertreter, soweit sie mit Anordnungen in den Betrieb eingegriffen haben, von denen sie wußten, daß ihre Ausführung gegen die Betriebspläne oder gegen die gesetz- lichen Bestimmungen verstoßen würde.

In einem Bergwerk von mindestens 100 Arbeitern muß ein ständiger Arbeiterausschuß vorhanden sein, der für die Erhaltung oder Wiederherstellung des guten Einvernehmens innerhalb der Belegschaft und zwischen Belegschaft und Arbeitgeber wirken soll und außerdem die Pflicht hat, Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft zur Kenntnis des Bergwerksbesitzers zu bringen und sich darüber zu äußern. Außerdem haben die ihn angehörigen Arbeitervertreter das Recht, die Grubenbaue in bezug auf die Sicherheit des Lebens und der Gesund- heit befragen zu lassen und an Unfalluntersuchungen teil- zunehmen. Die Wahl der Arbeitervertreter erfolgt nach Steigerabteilungen (für jede Abteilung ein Vertreter) und ist unmittelbar und geheim. Das aktive Wahlrecht be- sitzen die volljährigen Arbeiter, die seit Eröffnung des Betriebes oder mindestens ein Jahr ununterbrochen auf dem Bergwerke gearbeitet haben. Für das passive Wahl- recht ist ein Alter von mindestens 30 Jahren und eine mindestens dreijährige Arbeitszeit auf dem Bergwerke er- forderlich. Wähler und Vertreter müssen Deutsche und der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. Falls keine Wahl zustande kommt, ist das Oberbergamt befugt, zwangsweise Ausschüsse zu bestellen.

Nähere Bestimmungen werden über die Aufgaben der Sicherheitsmänner getroffen, die von den Steigerabteilungen gewählt werden. Diese sollen die Befugnis haben, die Steigerabteilung, in der sie gewählt sind, einmal im Monat zu befragen und sie in bezug auf die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter zu untersuchen. Die Befragungen erfolgen nur in Begleitung eines Aufsichtsbearbeiters; Tag und Schicht der Befragung bestimmt der Sicherheitsmann. Er soll auch an der Untersuchung der Unfälle in seiner Steigerabteilung be- teiligt werden. Das Ergebnis der Befragung hat der Sicherheitsmann sogleich nach beendigter Befragung in ein Jahrbuch einzutragen, und wenn in den Eintragungen die Beforgnis einer dringenden Gefahr ausgesprochen wird, so muß der Betriebsführer dem Bergwerks- beamten sofort davon Kenntnis geben. Außerdem steht dem Sicherheitsmann die Verpflichtung zu, die Berg- weiserebeamten auf Erfordern bei Befragung seiner Steigerabteilung zu begleiten, und er muß diesen jede Auskunft über die Sicherheitsverhältnisse in der Steiger-

abteilung geben. Die Entlassung eines Sicherheits- mannes soll, abgesehen von den Gründen, die zur Ent- lassung von Arbeitern vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit vorliegen, während des ersten Jahres seiner Wahl- periode nur zulässig sein, wenn er seinen Verpflichtungen als Sicherheitsmann nicht nachkommt, oder als Sicher- heitsmann ungeeignet erachtet; ferner für den Fall, daß er seine Tätigkeit als Sicherheitsmann zu Zweden mis- braucht, die mit seinem Amte nicht im Zusammenhang stehen. Die Kündigung kann stets nur für den Schluß eines Kalenderjahres zugelassen werden. Eine Ver- einbarung, die diesen Vorschriften zuwiderläuft, ist nichtig. Minderliche Leistungen sind kein Entlassungsgrund. Bei Unfällen soll der Beamte 6 Wochen Gehalt und Unter- halt bekommen.

Schon diese kurzen Andeutungen lassen er- kennen, daß diese Vergesetznovelle Beifall wahr- scheinlich nur bei den Grubenbaronen finden wird. Die Arbeiter können darin eine Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche nicht erblicken. Der vor- gezeichnete Sicherheitsmann ist himmelweit ver- schieden von dem Grubenkontrollleur aus Arbeiter- kreisen, den die Vergelute sich wünschen, der voll- ständig unabhängig von der Werkleitung sein muß. Die übrigen erst lehtlin noch vom Allgemeinen Bergarbeiterkongreß aufgestellten Forderungen betreffs Beseitigung der schwarzen Listen und Einführung eines Reichsberggesetzes werden naturgemäß durch die Novelle überhaupt nicht berührt. Unter diesen Umständen müssen die Vergelute diese Novelle selbst als Abfchlags- zahlung auf ihre Forderungen als zu klein be- trachten und sie entschieden ablehnen. Auf Einzel- heiten der Vorlage werden wir gelegentlich noch zurückkommen.

Die Berliner Ortsgruppe der Gesellschaft für Soziale Reform hielt am 9. Februar bei Boges am Rollendorplatz eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstehenden Geh. Regierungsrat Dr. Flügge ging hervor, daß der Ortsgruppe neben mehreren hundert Einzelmitgliedern — Sozialpolitikern aller Richtungen — zurzeit nicht weniger als 41 körperliche Mitglieder angeschlossen sind, unter denen sich Gewerbevereine, Angestelltenver- eine, Arbeitergewerbestände, Beamtenvereine, all- gemeine sozialpolitische und Wohlfahrtsvereini- gungen, auch einige Behörden Groß-Berlins be- finden. Ein großer Teil der beteiligten Organi- sationen — darunter auch eine Anzahl Frauen- vereine — war in der Versammlung durch Dele- gierte vertreten. Der Schatzmeister Ingenieur Bernhard erstattete den Kostenbericht. Die Versammlung ergänzte den Vorstand, der sich aus Sozialpolitikern aller bürgerlichen Lager zusam- mensetzt, durch Zuwahl je einer Vertreterin des Gewerbevereins der Heimarbeiterinnen und des Kaufmännischen Verbands für weibliche Ange- stellte. Ueber das „Arbeitsprogramm der Orts- gruppe“ referierte Prof. Dr. Gerkner und Stadtrat Dr. Glüskmann. Den Anregungen der Referenten folgend beschloß die Versammlung, in Zukunft neben den öffentlichen Versammlungen allmonatlich vertrauliche Mitgliederzusammen- künfte zu veranstalten, in denen besonders die Fragen der formalen Sozialpolitik erörtert werden sollen.

Ein sozialer Ausbildungskursus für na- tionale Arbeiter findet zurzeit in Leip- zig statt. Der Zweck der Veranstaltung ist, An- gehörigen der Arbeiter- und Angestelltenstände, die in den nationalen Organisationen Sachsens sich bereits betätigt haben, eine möglichst gründ- liche national-ökonomische Durchbildung zu ver- mitteln, die sie befähigt, mit selbständigem Urteil zu den wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart Stellung zu nehmen und in diesem Sinne auf ihre Arbeitsgenossen aufklärend einzuwirken. Die Leitung des Unternehmens liegt in den Händen des Reichstagsabgeordneten Dr. Fund. Der Kursus beschäftigt sich mit allen Fragen der Volkswirtschaft: Reichs- und Staatsverfassung, deutsche Kolonialpolitik, Landwirtschaftspolitik, Ge- werbe- und Handelspolitik, ferner die Verhältnisse der Privatangestellten, das Bank- und Börsen- wesen, das Finanzwesen, die Arbeiterversicherung, das Wohnungswesen, der Arbeiterschutz, alle diese und ähnliche Fragen werden auf dem Kursus in allgemein verständlicher Form zum Vortrag ge- bracht und besprochen. Parteipolitik ist völlig ausgeschlossen. Aus den Kreisen der sächsischen Gewerksvereiner nehmen 15 Kollegen an dem Kursus teil.

Arbeiterbewegung. Nach nahezu halbjährigen Bemühungen ist es gelungen, in Berlin für das Malergewerbe einen Tarifvertrag zum Ab- schluß zu bringen, der die Arbeitszeit und Arbeits- löhne regelt und Zuschläge festsetzt für Über- stunden, Nacht- und Sonntagsarbeit. Zur Schlich- tung der Streitigkeiten ist eine Kommission ein-

gelegt worden. — Wegen fortwährender Hölzige von den Akkordfäden und Entlassung der Vertrauensleute sind in der Militär-Effektenfabrik von Weill u. Co. in Wänden etwa 120 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik getreten.

In Rosario (Argentinien) ist es infolge einer erheblichen Steuererhöhung zu einem allgemeinen Streik gekommen, der Handel und Industrie völlig lahmgelegt und zu heftigen Unruhen geführt hat. — Die Ausperrung der Fischer gesellen in Wien ist zur Tatsache geworden. Glücklichweise beläuft sich die Zahl der Ausgesperrten nicht auf 8000, sondern nur auf 4000 Arbeiter, immerhin eine außerordentlich hohe Zahl. Die Ursache des Kampfes ist darin zu suchen, daß zwischen Unternehmern und Arbeitern bezüglich der Minimallohne und des Arbeitsbusses keine Einigung erzielt werden konnte. — In einer Bewegung befinden sich in Wien auch die Schornsteinfeger. Schon seit längerer Zeit verlangen die Gesellen höhere Löhne. Diese Wünsche sind jetzt in bestimmten Forderungen zelleidet und den Schornsteinfegermeistern unterbreitet worden. Da dieselben darauf nicht eingingen, haben die Gesellen beschlossen in den Streik zu treten.

Zu bedauerlichen Ausschreitungen seitens Arbeitsloser ist es am Dienstag vormittag gelegentlich des Einzugs des Königs von England in Berlin gekommen. Man mag über die Bedeutung von Fürstentbesuchen denken wie man will, so steht doch das fest, daß das Zusammenreffen des Königs von England mit dem deutschen Kaiser zur Festigung der Beziehungen zwischen den beiden Kulturländern wesentlich beitragen muß. Ganz abgesehen also davon, daß schon die Gastfreundschaft gewisse Anstandspflichten auferlegt hätte man erwarten müssen, daß lediglich die politischen Erwägungen gewisse Rücksichten forderten. Tadeln hat die Zeitung der Berliner Sozialdemokratie, einer Partei, die sich mit besonderer Vorliebe als die einzige wirkliche Friedenspartei hinstellt, arg verlesen. Sie hatte zum Dienstag vormittag Arbeitslosenversammlungen einberufen, die auch — trotz aller gegenteiligen Behauptungen — an jedem anderen Tage hätten stattfinden können, ohne gleichzeitig die nötigen Vorkehrungen zu treffen, daß diese Versammlungen und die sich daran knüpfenden Demonstrationen einen geordneten Verlauf nahmen. Wer da weiß, wie blindlings die „Genossen“ den Befehlen ihrer Führer folgen, der ist sich auch klar darüber, daß jene bedauerlichen Ausschreitungen, die sich am Dienstag in Berlin zugetragen haben, hätten vermieden werden können, wenn die sozialdemokratischen Führer es ernstlich gewollt hätten. Wenn daher der „Vorwärts“ jetzt mit scheinheiliger Miene versichert, es seien gar keine Demonstrationen geplant gewesen, die Arbeitslosen hätten gewissermaßen gegen den Willen der Partei gehandelt, so sind das Flunkereien.

Die Arbeitslosen versuchten in mehreren geschlossenen Zügen in die Gegend der Feststraße zu gelangen. Als ihnen dies nicht möglich war, wurde von ihnen an vielen Punkten der Stadt dadurch grober Unfug verübt, daß man die Fahnen von den Omnibussen herabholte und sie zerriß. Die Autos, die sich dagegen zu wehren suchten, wurden einfach verprügelt. Geschäftsleute, denen man ebenfalls die Fahnen vernichten wollte, wurden beim Versuch, sie zu retten, gleichfalls von der Menge arg mißhandelt. Derartige Vorgänge können nicht scharf genug verurteilt werden. Sie sind geeignet, nicht allein das Ansehen der Berliner Arbeiterklasse zu schädigen, sondern sogar die freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Völkern schwer zu beeinträchtigen. Die Verantwortung für die Vorgänge trifft aber nicht in erster Linie die Verübler des Unfugs selbst, sondern diejenigen, die sie direkt oder indirekt dazu getrieben haben, die sich sagen mußten, daß Arbeitslosenversammlungen an diesem Tage derartige Folgen zeitigen mußten, trotzdem aber nichts taten, sie zu verhüten.

Aus der Art der Behandlung im „Vorwärts“ sieht man ja, wie wenig selbst diesem Blatte jene Vorfälle sind. Das sind aber die Früchte seiner Erziehungsmethode! Hervorgehoben werden muß auch hier, daß diejenige Partei, die für sich das Recht, Straßendemonstrationen zu veranstalten, in Anspruch nimmt, Anderdenkenden dieses Recht offenbar nicht einräumt; sonst hätten ihre Anhänger sich jene bedauerlichen Ausschreitungen nicht haben zuzulassen kommen lassen. Die Worte: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind auf jener Seite nur leere Phrasen. Das haben auch die Berliner Ereignisse am Dienstag wieder gezeigt.

Die Gewerbegerichtswahlen in Leipzig haben am Mittwoch zum ersten Male nach dem Verhältniswahlsystem stattgefunden. Wie in Berlin so brachte diese Tatsache auch dort eine ungeheure Beteiligung zustande. Von rund 26 000 wahlberechtigten Arbeitnehmern gaben 21 700, das sind 83 Prozent, ihre Stimme ab. Auf die Liste der sozialdemokratischen Gewerkschaften entfielen davon rund 20 000 Stimmen, die 41 Beisitzer und 14 Stellvertreter erhalten. Die Liste des nationalen Arbeiterausschusses, zu dem auch die Deutschen Gewerbevereine gehören, vereinigte 1688 Stimmen mit 4 Beisitzern und einem Stellvertreter. Von den 3700 wahlberechtigten Arbeitgebern wählten 1678 die bürgerliche Liste, die damit 40 Beisitzer und 13 Stellvertreter durchbrachte, und 223 die sozialdemokratische Liste, die 5 Beisitzer und 2 Stellvertreter erhielt.

Für die nationalen Arbeiter bedeutet der Ausfall der Wahl einen guten Erfolg. Das wird jeder ohne weiteres angeben, der die Partei- und Gewerkschaftsverhältnisse in Leipzig kennt. Seit 9 Jahren ist den „Genossen“ das Feld ernstlich nicht streitig gemacht worden; wenigstens haben die Deutschen Gewerbevereine sich seit dieser Zeit an den Wahlen nicht beteiligt. Bei intensiver Arbeit und Berücksichtigung der in dem Wahlkampfe gemachten Erfahrungen wird es zweifellos möglich sein, bei den nächsten Wahlen den „Genossen“ noch einige weitere Siege abzunehmen.

Der Mitgliederzuzug in den „freien“ Gewerkschaften läßt sich auf die Dauer nicht mehr verheimlichen. Jetzt wurde auch auf der letzten Generalversammlung der Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. des deutschen Metallarbeiterverbandes mitgeteilt, daß die Zahl der Mitglieder von 8100 auf 7200 gesunken sei. Das ist ein Rückgang um mehr als 11 pCt. Als Ursache des Rückganges wird die wirtschaftliche Krise angeführt.

Na also! Die Zeit liegt nicht allzu weit zurück, da man uns auf jener Seite verhöhnte, wenn wir unsere Mitgliederverhältnisse zurückführten. Damals ahnte man noch nicht, daß die Krise in den Reihen der „freien“ Gewerkschaften so fürchterliche Verheerungen anrichten würde. Heute muß man uns recht geben.

### Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908.

#### Ortsverband Bauen.

Der Ortsverband erlebte seine Angelegenheiten in 10 Ausschusssitzungen, 2 kombinierten Vorstandssitzungen und 3 Ortsverbandsversammlungen. Letztere waren leider nicht gut besucht. Am 8. September fand hier eine Bezirkskonferenz statt, welche von seiten unserer Mitglieder sowie der auswärtigen sehr gut besucht war. Daran beteiligt waren die Ortsverbände bzw. Ortsvereine Jittau, Böbau, Maderberg, Pulsnitz, Großröhrsdorf. In derselben referierten Prof. Dr. A h n über „Das Arbeitsrecht“ und weiter Kollege V e r n d t -Dresden über „Sozialpolitik“. Zur Gefeelligkeit und Unterhaltung der Kollegen fanden ein Sommerfest sowie zwei Ausflüge statt. Zur Belehrung der Mitglieder hielt uns Oberlehrer Professor Mannsopf einen sehr interessanten Vortrag. Aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Deutschen Gewerbevereine fand einer der oben genannten Ausflüge statt. An Lohnbewegungen sowie Streiks war unser Ortsverband nicht beteiligt. Haben wir auch im vergangenen Jahre keine besonderen Fortschritte zu verzeichnen, so hoffen wir, daß in diesem Jahre sich die Kollegen zübriger zeigen werden, damit wir unsere Sache auch hier am Orte ein gutes Stück vorwärts bringen können.

A. L a d m a n n, Schriftführer.

#### Ortsverband Biberach a. N.

Ein Jahr reger Arbeit liegt hinter uns. Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden in 3 einfachen und 11 kombinierten Ausschusssitzungen und in 4 Generalversammlungen erledigt. Auch an einer Protestversammlung gegen das Vereinsgesetz beteiligte sich der Ortsverband. Einer in Gemeinschaft mit den konfessionellen Arbeitervereinen eingereichten Petition betreffs Heranziehung von Schöffem aus dem Arbeiterstande wurde leider nicht entsprochen, trotz der Versicherung der maßgebenden Behörde, auf den Arbeiterstand Rücksicht nehmen zu wollen. Bei den Wahlen zur Ortskrankenkasse konnte die Gewerbevereine mit den katholischen und evangelischen Arbeitervereinen ihre Kandidaten durchbringen, obgleich hier wieder eine Anzahl Mitglieder es nicht der Mühe für wert gehalten hatte zur Wahl zu gehen. Zur Bürgerausschussswahl wurde ebenfalls Stellung genommen und auch ein Gewerbevereiner gewählt. Die Vorträge in den einzelnen Ortsvereinen wurden seitens des Ortsverbandes leblich besucht. Neu gegründet wurde ein Ortsverein der Textilarbeiter. An Unterhaltungen wurden den Mitgliedern eine Pannachtsfeier, ein Ausflug nach Ulm und eine Weihnachtsfeier geboten. Seitens der einzelnen Ortsvereine ist im vergangenen Jahre fleißig gearbeitet worden, um neue Mitglieder zu gewinnen. Wenn die Erfolge nicht in jeder Hinsicht den Bemühungen entsprechen, so liegt es daran, daß die jungen Leute sich leicht von Phrasenhelden leiten lassen, die älteren aber durch den ewigen

Mist und Haber zwischen Gewerbeverein und Gewerkschaften abgedreht werden; andere sind indifferent und bekümmern sich um gar nichts. Wenn der Ortsverband in Zukunft etwas Ersprießliches leisten soll, dann müssen in erster Linie auch alle persönlichen Nebenebenen u. dergl. fern bleiben. Aber auch eine größere Opferwilligkeit muß Platz greifen; denn wenn ein Ortsverband keine oder geringe Mittel hat, kann er den Mitgliedern nichts bieten. Zur Agitation, besonders unter den jüngeren Arbeitern, gehört auch ab und zu ein gemeinschaftliches Vergnügen. Dazu braucht man aber auch Mittel. Also, Kollegen, im neuen Jahr den Beutel auf, um den Ortsverband auf die Höhe zu bringen! Dann wird er auch imstande sein, zu wirken und zu arbeiten zum Wohle der Gewerbevereine und der gesamten Arbeiterschaft.

W i l h. T r i e b e r t, Schriftführer.

#### Ortsverband Duisburg.

Das Jahr 1908 gab unserem Ortsverband mancherlei Aufgaben zu erledigen. Es war reich an Arbeit, aber auch reich an Erfolgen. Gleich bei Beginn des Jahres fand eine öffentliche Ortsverbandsversammlung statt, in der der Verbandsvorsitzende Kollege S o l d - s c h m i d t referierte über das Thema: „Was verlangen die Deutschen Gewerbevereine von der Gesetzgebung, und was wollen sie selbst tun zur geistigen und wirtschaftlichen Förderung der Arbeiterinteressen?“ Diese Versammlung war sehr gut besucht und hat zur Förderung unseres Ansehens in der Öffentlichkeit wesentlich beigetragen. An Gewerbegerichtswahlen waren wir diesmal beteiligt, und leblich haben die Kollegen die Arbeit verrichtet, die sie auf sich genommen hatten. Daher ist denn auch der Erfolg nicht ausgeblieben. Bei der Gewerbegerichtswahl in Duisburg erhielten wir von fünf Beisitzern 1, in Weidrich von 5 Beisitzern 3, in S o m - b e r g, wo noch nach dem Mehrheitswahlsystem gewählt wird, konnten wir keinen Erfolg erzielen, dagegen brachten wir in Ruhrort von 6 Beisitzern 2 durch. Bei diesen Wahlen haben wir nicht nur unsere Mitgliederzahlen behauptet, sondern in Duisburg und Ruhrort je einen und in Weidrich zwei neue Beisitzerstellen erobert. Ueber die einzelnen Wahlen ist bereits berichtet worden. Hervorgehoben sei nur nochmals, daß wir in allen vier Fällen mit den evangelischen Arbeitervereinen gemeinsame Sache machten, die bis dahin stets mit den christlichen Gewerkschaften gegangen waren.

Außer den für die Wahlen notwendigen öffentlichen Versammlungen fanden noch drei Ortsverbandsversammlungen, 12 Vertreteritzungen, 8 Vorstandssitzungen und 6 Sitzungen der sozialen Kommission statt. In den Ortsverbandsversammlungen sprach u. a. der Königl. Gewerbeinspektor S c h u d d p f über „Die Entstehung der Gewerbeaufsicht in Preußen“ und Kollege S a l t e n b e r g -Tüßelhof über „Die Gewerbevereine im öffentlichen Leben“.

Unsere Bemühungen um Zulassung von Arbeitern zum Amte eines Schöffem und Geschworenen sind trotz fester Zusicherungen erfolglos gewesen. Größere Erfolge hatten wir mit den Eingaben auf Vorsehung von Notstandsarbeiten. Von Duisburg, S o m b e r g, D i n - s l a k e n, G a m b o r n und Frimmersheim erhielten wir zustimmende Antworten. Besondere Aufmerksamkeit widmete der Ortsverband dem Arbeitsnachweise. Trotz erfolgreicher Tätigkeit desselben hat sich eine Anzahl von Ortsvereinen dieser wichtigen Institution noch nicht angeschlossen. Soffentlich holen sie das Versäumte bald nach!

Neben der ersten Arbeit wurde auch die Gefeelligkeit gepflegt. Das Ortsverbandsfest zur Feier des 40jährigen Bestehens der Deutschen Gewerbevereine verlief bei einer Beteiligung von weit über 1500 Personen in überaus würdiger Weise. Außerdem fand ein Lichtbildervortrag und ein Winterfest statt. Beide Veranstaltungen wiesen guten Besuch auf.

Alles in allem können wir mit Befriedigung auf das verlossene Jahr zurückblicken. Trotzdem gibt es für uns kein Ruhen. Wir sind besetzt von dem Bunsche, dem Gewerbevereinsgedanken immer mehr Anhänger zuzuführen. Tausende von Unorganisierten sind noch zu gewinnen. Darum auf zu intensiver Agitation für unsere Gewerbevereine! Der neue Vorstand hat sein Amt angetreten und verprochen, unermüßlich für unsere Sache tätig zu sein. Er wird sein Wort halten. Soß es aber vorwärts gehen, dann müssen alle Kollegen ihn unterstützen und ihre Kraft in den Dienst unserer Organisation stellen. Mögen deshalb alle Mitglieder des Ortsverbandes sich ihrer Pflichten bewußt sein!

G. A d e l u n g.

#### Ortsverband Riel.

Der Ortsverband Riel hatte zu Anfang des abgelaufenen Jahres unter internen Schwierigkeiten sehr zu leiden; jedoch gelang es nach Überwindung dieser Schwierigkeiten, welche auch den Grund zum Austritte eines Vereins aus dem Ortsverbande bildeten, das Interesse der Kollegen für den Ortsverband wieder zu wecken. Obgleich ein merkwürdiger Umstand zu verzeichnen ist, betrachtet die Leitung dies nur als einen Ansporn zu neuer Tätigkeit und hat auch das erste Nehrtreffen, diese Tätigkeit zum Ruhm der Gesamtorganisation fortzuführen, in der Hoffnung, dabei der Unterstützung sämtlicher Kollegen sicher zu sein.

Obgleich wir hier in Riel und Umgegend infolge der Uebermacht der „freien“ Gewerkschaften nicht gerade auf Rosen gebettet sind, gelang es uns doch, diese beständig in Atem zu halten und unsere Wortkelle zu sichern, soweit wir angänglich.

Auch die wirtschaftliche Krise hat ihre Spuren hinterlassen, denn groß ist die Zahl der Arbeitslosen und der von hier abgereisten Kollegen, was natürlich einen

Müßigkeit in der Zahl der Mitglieder bedingt, wodurch andererseits auch wieder die Einkünfte des Ortsverbandes gesichert werden.

Die vom Ortsverband beim hiesigen Magistrat eingebrachte Petition betr. Notstandarbeiten gab zu recht erregten Debatten im Stadtparlament Veranlassung.

Seine geschäftlichen Angelegenheiten erledigte der Ortsverband, welcher 6 Vereine umfaßt, in 4 ordentlichen und 1 außerordentlichen Ortsverbands-Versammlung, 1 öffentlichen Versammlung und 1 Versammlung für die Hilfsarbeiter betreffend eine Tarifanberaumung.

Fahren wir fort auf dem beschrittenen Wege, so wird dem Ortsverband bei kräftiger Unterstützung seitens sämtlicher Mitglieder der Erfolg nicht ausbleiben.

Karl Dertel, Ortsverbandssekretär.

Ortsverband Stuttgart-Gannstatt.

Das Jahr 1908 stand unter dem Zeichen des in Aussicht gestellten Arbeitersekretärs. Die lange Unge- wissheit lähmte die Kräfte, die nun, da das neue Jahr den Langensinn mitbrachte, zu regem Tatendrang erwachen mochten.

Den studentischen Arbeiterunterrichtskursen wurde unsere Unterstützung durch eifrige Propaganda zuteil.

Für Durchreisende wurde ein Ortsverbands- geschenk von 75 Pf. eingeführt.

Die Angriffe der gegenständlichen Presse haben so gut wie aufgehört, was wohl auf unsere Gegenwehr im „Revolutions“ zurückzuführen ist.

Nicht alle unsere Pläne konnten mit Erfolg durch- geführt werden, hauptsächlich, weil viele Mitglieder zur Mitarbeit nicht zu haben sind.

Verbands-Teil.

Arbeitersekretariat für Württemberg.

Durch das Vertrauen der Gewerkevereinskollegen mit der Leitung des Arbeitersekretariats für Württemberg betraut, habe ich nunmehr mein Amt angetreten.

Stuttgart-Gannstatt, im Februar 1909.

Karl Fuchs, Arbeitersekretär, Seelbergstr. 20 I.

Versammlungen.

Berlin. Distrikterklub der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.). Verbandsbüro der Deutschen Gewerkevereine, N.O., Grefswalderstraße 221/223.

Leipzig. Deutsche Handelskammerarbeiter-Vereinigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Keller“.

Orts- und Bezirksverbände.

Heute (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Witz.

hüterklub). Jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Grottmayer, Kirch- und Bergstraßen-Ecke.

Stuttgart-Gannstatt (Arbeitersekretariat). Karl Fuchs, Seelbergstr. 20 I.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten.

Bulletin des Internationalen Arbeitsamtes. Band VII, Nr. 8. Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Die Gemeindefabrikanten Münchens. Von Dr. Ernst Duff. Im Auftrage des Vereins für Sozialpolitik herausgegeben von Carl Johannes Fuchs.

Der Naturarzt. 87. Jahrg. Nr. 1. Preis 1/2 M.

Die Reichsfinanzreform ein nationalökonomisches Problem. Gesammelte Tagesaufsätze von Dr. Friedr. Bendixen.

Das Pferd und seine Geschichte. Von Wilhelm Bölsche. Verlag von Georg Vowib, Berlin.

Die Aussichten des technischen Berufs. Ein Wort zur Aufklärung. Von Dipl.-Ing. Wilhelm Stiel.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Localbeamten-Gesuch!

Zum 1. April d. J. ist im Ortsverein der Schneider zu Stettin die Stelle eines Localbeamten zu besetzen.

Machen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1,25 M. Reiseunterstützung in dem Arbeitersekretariat Machen, Adolbertsienweg 71.

Worms (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten im Ortsverband von 75 Pf. beim Kassierer Kollegen Max Rother, Semmelstraße 142, Gröplingen.

Worms (Ortsverband) gewählt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pf. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei dem Ortsvereinskassierer und bei Friedrich Ehrlich, Dreierstraße 20.

Halle (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten die Reiseunterstützung von 1 Mark in bar bei dem Kollegen Ludwig Taube, Schwanenmeister, Leipzigerstr. 94, im Hof.

Fahnen, Vereinsabzeichen, Schärpen, a. schönsten und billigsten bei

Th. Berkop, Oppeln.

Fidelitas.

Zeitschrift, emh. Lustspiele, Soloexenzen, Couplets (mit Musik), kom. Vorträge u. dgl.

Wilhelmshaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten in den Herbergen zur Heimat I und II freies Nachtquartier, Abendbrot und Frühstück.

Hannover und Hagenau (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen aller Berufe erhalten Nachtquartier und Verpflegungsgeld hierzu bei Karl Hebel, Felsenstraße 32 A I.

Essen (Klub). Herberge zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungsgeld im Gewerkevereins-Bureau, Frohnhauserstr. 58.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

Bestschrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Hahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pf.

Rupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch. Preis 50 Pf.

Die gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pf.

Geschichte der Deutschen Gewerkevereine von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pf.; für Gewerkevereiner 1 Exemplar 50 Pf., 10 Exemplare 4 M., 20 Exemplare 7 M., 30 Exemplare 9 M. und 50 Exemplare 12,50 M.

Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkevereine. - Bestschrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkevereine (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir stets den Gelddbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.

Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.